



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon: 03683/402048

Presseinformation der Thüringer Bürgerallianz

Bürgermeisterwahlen entscheiden auch über Zukunft der Kommunalabgaben

Der Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen für sozial – gerechte Kommunalabgaben fordert die Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme an den Bürgermeister- und Landratswahlen am 22. April 2012 auf.

Im Ergebnis von Gesprächen mit Vertretern der demokratischen Parteien empfiehlt die Thüringer Bürgerallianz die Kandidaten der LINKEN, der Bündnisgrünen, der Piratenpartei und der Freien Wähler Thür. zu wählen.

Diese vier Parteien haben sich für die gesetzliche Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge ausgesprochen. Das laufende Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ wird durch diese vier Parteien unterstützt.

CDU, SPD und FDP haben sich mehrfach gegen die Forderung der Bürgerinitiativen ausgesprochen und halten zudem das laufende Volksbegehren für verfassungswidrig. CDU und SPD verweigern leider auch zunehmend dem Dialog mit den Bürgerinitiativen. So waren bei einer von der Bürgerallianz organisierten Podiumsdiskussion in Ichtershausen Vertreter von CDU und SPD nicht anwesend.

Für die Bürgerallianz sind die Bürgermeisterwahlen am 22. April 2012 entscheidend für die Zukunft der Kommunalabgaben.

Die Bürgermeister bestimmen in den Abwasserzweckverbänden die Refinanzierung der Investitionen. Zahlreiche Verbände haben bereits auf die Erhebung von Abwasserbeiträgen verzichtet und finanzieren alle Investitionen über die Gebühren.

Ob dies auch noch in weiteren Zweckverbänden künftig vollzogen wird, bestimmen im großen Umfang die am 22. April 2012 neu zu wählenden Bürgermeister.

Auch im Bezug auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen haben die Bürgermeister eine große Verantwortung und erhebliche Entscheidungskompetenzen.

Die Bürgerinitiativen fordern die Bürgermeister auf, sich gegen die neuen Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht nur politisch, sondern gegebenenfalls auch juristisch zur Wehr zu setzen.

Die Bürgermeister sollten sich nicht zum Erfüllungsgehilfen einer bürgerfeindlichen Abgabepolitik von CDU und SPD machen lassen. So sollten sich die Bürgermeister die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen bis 1991 nicht vom Land aufdrängen lassen.

Gez. Peter Hammen
Landesvorsitzender der Bürgerallianz
29.03.2012